Deutscher Bundestag **Drucksache 18/10858**

18. Wahlperiode 17.01.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Beate Walter-Rosenheimer, Kai Gehring, Brigitte Pothmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/8259 –

Im Jahr 2016 die Berufsbildung fit für die Zukunft machen

A. Problem

Der Berufsbildungsbericht vermittelt auf den ersten Blick vor dem Hintergrund der günstigen konjunkturellen Lage und der demographischen Entwicklung einen soliden Eindruck des deutschen Ausbildungsmarktes. 100 Ausbildungsplatzsuchenden stehen fast 104 Angebote an Ausbildungsplätzen gegenüber. Allerdings gibt es eine „Passungsproblematik“, da Berufswünsche, Ausbildungsplatzangebote und Anforderungen der Betriebe immer seltener zusammen passen. Zentrale Ziele der Allianz für Aus- und Weiterbildung sind nicht erreicht worden. Statt der avisierten 20 000 zusätzlichen Ausbildungsplätze sind nur 7 300 von Seiten der Wirtschaft zur Verfügung gestellt worden. Insgesamt 271 000 junge Menschen befinden sich in Übergangsmaßnahmen und 185 000 im Altbewerberstatus. Im Jahr 2015/2016 sind 41 000 Ausbildungsstellen unbesetzt geblieben, und fast 25 Prozent der Auszubildenden brachen ihre Ausbildung vorzeitig ab. Im Ergebnis stagniert seit dem Bildungsgipfel 2008 der Anteil von jungen Erwachsenen ohne Berufsausbildung bei 13 Prozent.

Darüber hinaus zeigt der Berufsbildungsbericht, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland strukturell schlechtere Chancen auf einen Ausbildungsplatz haben.

B. Lösung

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden:

1. dem Deutschen Bundestag bis zum 30.6.2016 ein Konzept und die haushalterisch hinterlegten Instrumente vorzulegen, um die im Berufsbildungsbericht 2016 genannten zentralen Herausforderungen zur Zukunftsfähigkeit

des dualen Systems schon im Ausbildungsjahr 2016/2017 angehen zu können,

2. eine umfassende Ausbildungsgarantie unverzüglich umzusetzen, damit allen jungen Menschen unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus der direkte Zugang zu einer Berufsausbildung mit anerkanntem Abschluss und damit der Weg in ein selbstbestimmtes Leben offensteht.

Hierfür legt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen umfangreichen Maßnahmenkatalog vor.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 18/8259.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 18/8259 abzulehnen.

Berlin, den 28. September 2016

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Patricia Lips
Vorsitzende

Dr. Thomas Feist
Berichterstatter

Rainer Spiering
Berichterstatter

Dr. Rosemarie Hein
Berichterstatterin

Özcan Mutlu
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Dr. Thomas Feist, Rainer Spiering, Dr. Rosemarie Hein und Özcan Mutlu

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/8259** in seiner 176. Sitzung am 9. Juni 2016 beraten und dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und dem Innenausschuss, dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie dem Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt, dass der Berufsbildungsbericht auf den ersten Blick vor dem Hintergrund der günstigen konjunkturellen Lage und der demographischen Entwicklung einen soliden Eindruck des deutschen Ausbildungsmarktes vermittle. 100 Ausbildungsplatzsuchenden stünden fast 104 Angebote an Ausbildungsplätzen gegenüber. Allerdings gebe es eine „Passungsproblematik“, da Berufswünsche, Ausbildungsplatzangebote und Anforderungen der Betriebe immer seltener zusammen passten. Zentrale Ziele der Allianz für Aus- und Weiterbildung seien nicht erreicht worden. Statt der avisierten 20 000 zusätzlichen Ausbildungsplätze seien nur 7 300 von Seiten der Wirtschaft zur Verfügung gestellt worden. Insgesamt 271 000 junge Menschen befänden sich in Übergangsmaßnahmen und 185 000 im Altbewerberstatus. Im Jahr 2015/2016 seien 41 000 Ausbildungsstellen unbesetzt geblieben, und fast 25 Prozent der Auszubildenden hätten ihre Ausbildung vorzeitig abgebrochen. Im Ergebnis stagnierten seit dem Bildungsgipfel 2008 der Anteil von jungen Erwachsenen ohne Berufsausbildung bei 13 Prozent.

Vor dem Hintergrund soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern:

1. dem Deutschen Bundestag bis zum 30.6.2016 ein Konzept und die haushalterisch hinterlegten Instrumente vorzulegen, um die im Berufsbildungsbericht 2016 genannten zentralen Herausforderungen zur Zukunftsfähigkeit des dualen Systems schon im Ausbildungsjahr 2016/2017 angehen zu können,
2. eine umfassende Ausbildungsgarantie unverzüglich umzusetzen, damit allen jungen Menschen unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus der direkte Zugang zu einer Berufsausbildung mit anerkanntem Abschluss und damit der Weg in ein selbstbestimmtes Leben offensteht.

Dazu legt die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen umfangreichen Maßnahmenkatalog vor.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der mitberatende **Innenausschuss**, der **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Arbeit und Soziales,** der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** sowie der **Ausschuss Digitale Agenda** haben jeweils in ihren Sitzungen am 28. September 2016 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/8259 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 18/8259 in seiner 75. Sitzung am 28. September 2016 in Verbindung mit der Unterrichtung durch die Bundesregierung „Berufsbildungsbericht 2016“, BT-Drucksache 18/8300, beraten und empfiehlt:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärt, dass der Berufsbildungsbericht 2016 zunächst einen guten Eindruck über die derzeitige Ausbildungssituation vermittle. Die günstige konjunkturelle Lage und die demografische Entwicklung seien mit Ursachen dafür, dass viele Jugendliche trotz schlechter persönlicher Ausgangslage einen Ausbildungsplatz gefunden hätten. Sie kritisiet jedoch, dass trotz der positiven Entwicklungen zum Beispiel die Ziele der Allianz für Aus- und Weiterbildung nicht erreicht worden seien. Nur noch 20 Prozent der Betriebe bildeten aus, das Ziel der Allianz, 20 000 zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen, sei deutlich mit nur 7 300 Plätzen verfehlt worden. Ca. 270 000 Jugendliche befänden sich in Übergangsmaßnahmen, die keine Sicherheit böten, zu einem vollqualifizierenden Berufsabschluss zu führen.

Die Antragstellerin weist auf „regionale Disparitäten“ hin, da trotz einer großen Zahl von Ausbildungsplatzsuchenden 41 000 Stellen unbesetzt geblieben seien. Dies zeige, dass es der Bundesregierung bisher nicht gelungen sei, die Strukturen für ein passgenaues Zusammenfinden von Betrieben und Ausbildungsplatzsuchenden zu schaffen. Es sei auch eine Ressourcenverschwendung und „bildungspolitisch skandalös“, wenn Jugendliche mit Migrationshintergrund strukturbedingt schlechtere Chancen bei der Aufnahme eines Ausbildungsplatzes hätten.

Die Fraktion vermisse das klare Bekenntnis der Bundesregierung zur Integration, und sie kritisiert, dass mit dem Integrationsgesetz von 2016 die Chance nicht ergriffen worden sei, einen besseren Zugang zur beruflichen Bildung zu ermöglichen und das enorme Integrationspotenzial der dualen Ausbildung zu nutzen. Die Bundesregierung habe auch die notwendige Reform des Berufsbildungsgesetzes immer wieder verschoben.

Sie fordere daher die Bundesregierung auf, ein umfassendes Konzept und die Instrumente des Haushalts 2017 vorzulegen, um die Weichen für die Zukunftsfähigkeit des dualen Systems bereits im Ausbildungsjahr 2016/2017 stärken zu können. Elemente seien die Lösung des Passungsproblems von ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen und anbietenden Betrieben, die Steigerung der Ausbildungsbeteiligung kleiner und mittlerer Betriebe, Aufnahme einer Digitalisierungsstrategie, Verbesserung der Integrationsangebote für junge Flüchtlinge und die Verbesserung der Anerkennungsverfahren.

Die Fraktion habe bereits im Mai 2015 ein umfassendes Konzept für eine Ausbildungsplatzgarantie vorgelegt. Damit solle durch eine Strukturreform des Übergangssystems allen ausbildungsinteressierten Jugendlichen unabhängig vom Aufenthaltsstatus und der Bleibeperspektive die Chance für einen Berufsabschluss eröffnet werden.

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schließt ihre Berichterstattung mit dem Hinweis, dass mit einer „echten“ Strukturreform der Bundesregierung eine Ausbildungsplatzgarantie gewährleistet werden könne, von der sich die Bundesregierung aber offensichtlich mit der Allianz für Aus- und Weiterbildung verabschiedet habe.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erwidert auf die Kritik der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am Integrationsgesetz, dass die Bundesregierung die Voraussetzungen geschaffen habe, dass Unternehmen, die bereit seien, Flüchtlinge auszubilden, Rechtsicherheit bekämen.

Vor dem Hintergrund, dass insbesondere kleine und mittlere Unternehmen nicht ausbildeten, sollte das Angebot überbetrieblicher Ausbildungsstätten und Kompetenzzentren nicht noch weiter ausgedünnt werden. Es sei für Betriebe und Auszubildende nur schwer zumutbar, weit entfernte Ausbildungsstätten zu nutzen. Die Fraktion der CDU/CSU sei Willens, entsprechend der Bundeszuständigkeit tätig zu werden, ohne in die Gefahr zu geraten, dass sich die Länder mit Programmforderungen an den Bund wendeten, die er nicht erfüllen könne.

Ein Grund, warum viele kleine und Kleinstbetriebe nicht mehr ausbildeten, sei, dass eine Reihe von Berufen aus der Meisterpflicht entlassen worden sei. Dies habe zum Beispiel beim Beruf des Fliesenlegers dazu geführt, dass sich die Zahl der Betriebe versechsfacht, aber die Zahl der Ausbildungsbetriebe halbiert habe. Die Zahl derjenigen, die an einer Aufstiegsfortbildung teilnähmen oder teilgenommen hätten, sei um ca. 80 Prozent zurückgegangen.

Da junge Menschen mit einem Migrationshintergrund einen schlechteren Zugang zu einer Berufsausbildung hätten, sei das Netz der KAUSA-Beratungsstellen verdoppelt worden. Man verweise auf eine Einrichtung in Leipzig,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

wo Beratung aus einer Hand von Menschen mit interkulturellen Kompetenzen angeboten werde. Diese sei bei der Bundesagentur für Arbeit nicht immer vorhanden.

Zur Kritik der Fraktion DIE LINKE. der Vielfalt von Förderprogrammen erklärt die Fraktion der CDU/CSU, dass diese der Systematik der Bildungsketten entsprächen und nicht nur regional ausgerichtet sein dürften, sondern auch einen Mehrwert für die Bundesebene haben müssten. Die Fraktion der CDU/CSU wolle die duale Berufsausbildung weiter stärken und damit die Chancen der qualifizierten Teilhabe von schlecht qualifizierten jungen Menschen am Arbeitsmarkt verbessern. Mit der Assistierten Ausbildung sei Betrieben ein Instrument zur Förderung von Menschen mit schlechteren Startchancen, insbesondere auch junger Flüchtlinge, an die Hand gegeben worden.

Die Fraktion führt weiter aus, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Reform des Berufsbildungsgesetzes gefordert habe, ohne allerdings konkrete Vorschläge vorzulegen. Von Seiten des BMBF gebe es Vorschläge und auch von der SPD-Fraktion. Diese halte man jedoch für teilweise überholt und auch sachfremd. Die Koalitionsfraktionen hätten sich im Übrigen im Koalitionsvertrag auf eine Evaluation festgelegt und diese auch durchgeführt. Vor diesem Hintergrund sehe sie keinen zeitlichen Druck, auch wenn die Förderung der Berufsbildung und beruflichen Weiterbildung weiterhin auf der Agenda stehe. Dem Vorschlag des Angebots eines Büchergeldes könne die Fraktion sich anschließen, aber eines kostenfreien Meisterstudiums nur insofern, dass dafür ausreichende finanzielle Mittel vorhanden seien. Positiv anzumerken sei, dass die Zahl derjenigen, die sich berufsbegleitend weiterbildeten, bei 50 Prozent liege. Mit der Gesetzesnovellierung der beruflichen Weiterbildung seien diesbezüglich auch größere Anreize gesetzt worden.

Zu Fragen der überbetrieblichen Ausbildungsstätten und Übergangsmaßnahmen sei man mit den Trägern im Gespräch. Es gehe um eine betriebsnähere Ausbildung, die auch die Chancen der Teilnehmenden real verbessere. In diesem Zusammenhang wolle man auch auf die Gefahr hinweisen, dass die „Billigheimer“ auf dem Markt „gutes Geld“ verdienen wollten, während die Kammern mit qualifizierten Maßnahmen und Ausbildern im Vergleich dazu als zu teuer erschienen. Daher habe das BMBF auch ein spezielles Programm für das Handwerk angeboten. Es werde vorgeschlagen, gemeinsam mit dem BMAS eine „Beruflichkeitsklausel“ für Übergangsmaßnahmen vorzusehen, die die notwendige Qualität im Hinblick auf den Start in eine reale Berufsausbildung gewährleiste.

Die **Fraktion DIE LINKE.** eröffnet ihre Berichterstattung mit einem Lob des Berufsbildungsberichtes. Er habe nahezu alle Themen und Probleme in der Berufsbildung sehr solide analysiert. Sorge bereite ihr allerdings, dass sich die Befunde kaum verbessert hätten und bei allen Parametern unter einem Prozent lägen. Die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge lägen mit 522 000 auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres, und die Quote der Ausbildungsbetriebe sei leicht gesunken. Einen Aufwuchs habe es nur bei den unbesetzten Ausbildungsstellen gegeben. Sie vermute, dass die Unternehmen bisher wenig zur Verbesserung der Situation beigetragen hätten, da sie in der Vergangenheit auf eine genügende Zahl von aussichtsreichen Auszubildenden hätten zurückgreifen können. Andererseits habe es auch 80 000 unvermittelte Bewerberinnen und Bewerber gegeben; 60 000 davon wären im sogenannten Übergangssystem untergekommen. Sie spricht die fehlende Mobilität von Ausbildungsplatzsuchenden an. Während nach der Deutschen Einheit viele junge Menschen aus Ostdeutschland in Westdeutschland einen Ausbildungsplatz gesucht und auch gefunden hätten, sei aktuell die Mobilität junger Erwachsener in den alten Bundesländern eher bescheiden. Dies sei ihrer Auffassung nach kein Berufsbildungs-, sondern ein kulturelles Problem.

Die Fraktion DIE LINKE. fragt den Vertreter der Bundesregierung, ob sich der Aufwuchs von 20 000 Personen im Übergangssystem vor dem Hintergrund des Anstiegs von Geflüchteten in Deutschland erklären lasse. Sie gehe davon aus, dass realistisch nicht alle 250 000 junge Menschen das Übergangssystem mit der Perspektive einer Berufsausbildung verlassen würden. Dies sei nur mit einem immensen Aufwuchs an Ausbildungsplätzen möglich, der jedoch nicht realistisch sei. Daher müssten geeignete Maßnahmen getroffen werden, damit die jungen Menschen erst gar nicht in das Übergangssystem wechseln müssten. Die Anzahl von Personen in Ausbildungsgängen ohne Berufsabschluss beziffere sie mit aktuell 237 000. Gründe für diese hohe Zahl sehe sie nicht nur in der Passungsproblematik, sondern auch in der Zahl der Ausbildungsplätze, der Ausbildungsqualität und –bereitschaft der Betriebe.

Sie kritisiert die große Anzahl von ca. 50 Programmen auf der Bundesseite und erklärt, dass diese auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden sollten und inwieweit sie flächendeckend eine Wirksamkeit erzeugten. Sie äußert ihr

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Unverständnis gegenüber der fehlenden Bereitschaft der Bundesregierung, das BBiG zu novellieren. Die Fraktion DIE LINKE. werde noch in der laufenden Legislaturperiode den konkreten Novellierungsbedarf aufzeigen.

Die Fraktion spricht darüber hinaus die schulische Berufsausbildung an, die sie zwar nicht „dualisieren“ wolle; sie gehörten zwar zur Berufsbildung, seien aber trotzdem Ländersache. Es gäbe Bundesgesetze, wie das Gesetz zur Generalisierung der Pflegeberufe, wo die Verantwortung auf Landesebene liege. Über diese Problematik werde auch im Bildungsausschuss nicht gesprochen. Die Fraktion DIE LINKE. habe mehrfach Anträge zur Verbesserung der Ausbildungssituation vorgelegt. Sie schlage unter anderem auch eine andere Ausbildungsfinanzierung vor. Überbetriebliche Bildungsstätten würden über den Bundeshaushalt gefördert. Die Frage sei, wie darüber hinaus Unternehmen solidarisch an der Ausbildungsfinanzierung beteiligt werden könnten. Der Ausbildungsreport des DGB weise in jedem Jahr branchenspezifisch unterschiedliche Defizite auf. Eine Selbstverpflichtung der Betriebe und Unternehmen und auch ein neuer Pakt helfe ihrer Auffassung nach nicht.

Zum Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN führt die Fraktion DIE LINKE. aus, dass sie dem Feststellungteil weitgehend zustimme. Beim Forderungsteil schlösse sich die Fraktion der Erleichterung der Anerkennungsverfahren, den Maßnahmen zur Berufsorientierung und –beratung, der Teilzeitausbildung und Inklusion an. „Dual Plus“ als außerbetriebliche Ausbildungsstätten und quasi als neue Säule des Übergangssystems lehne sie ab. Problematisch sei auch die unkritische Betrachtung der Jugendberufsagenturen. Daher enthalte sich die Fraktion DIE LINKE. beim Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Stimme.

Die **Fraktion der SPD** kritisiert einleitend die Wortwahl der Berichterstatterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rahmen ihrer Kritik an der Bundesregierung. Begriffe wie „skandalös“ oder „planloses Vorgehen“ würden dem Berufsbildungssystem in Deutschland nicht gerecht. Beim Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde begrüßt, dass die Fraktion offensichtlich ihren Weg zur Berufsschule vor dem Hintergrund der Forderung eines Ausbauprogramms für Berufsschulen gefunden habe (Punkt m des Antrags).

Sie lehne jedoch die Forderung der Segmentierung von Ausbildungsinhalten in Teilqualifikationen ab. Relativ kurze Anlernzeiten würden mit Zertifikaten abgeschlossen, mit denen keine auskömmliche Entlohnung erreicht werden könne. Der strukturelle Ansatz der SPD-Fraktion sehe nach wie vor eine zweijährige, im Regelfall eine dreieinhalbjährige Ausbildung, mit einem komplexen Abschluss vor. Man halte es für ausgesprochen problematisch, wenn die 13 Lernfelder in den Berufsbildungszweigen in einzelne Teilabschnitte aufgespaltet würden.

Zu den Bemerkungen der Fraktion der CDU/CSU, die Ausführungen der SPD-Fraktion zum BBiG seien überholt und nicht mehr zeitgemäß, wird erklärt, dass es immer schwieriger werde, für die Abschlussprüfungen ehrenamtliche Prüfer zu bekommen. Die Reaktion der IHK auf dieses Problem sei, Prüfungszentren einzurichten. Demgegenüber schlage die SPD-Fraktion eine gesetzliche Regelung zur Anzahl, zum Prüfungsauftrag, zur Freistellung und Finanzierung der Prüfer vor. Die Probleme der Freistellung ihrer ehrenamtlichen Aktiven hätten auch zunehmend das DRK, die Feuerwehr und das THW, dies werde ausdrücklich bedauert.

Die Fraktion der SPD habe auch die Frage des Jugendarbeitsschutzes im BBiG angesprochen. Sie halte die Differenzierung zwischen unter 18-Jährigen und über 18-Jährigen für einen Anachronismus. Ein sehr wichtiges Anliegen sei die Feststellung eines Anspruchs auf eine dreieinhalbjährige Ausbildung für junge Menschen, die bereits eine zweijährige Ausbildung begonnen hätten. Diese Regelung würde viele Ungleichheiten beseitigen.

Die Fraktion der SPD kritisiert am Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Fokussierung auf die außerbetriebliche Ausbildung. Langjährige Erfahrungen im Berufsschuldienst hätten gezeigt, dass es häufig das Interesse des Ausbildungsbetriebes sei, mit der Ausbildung Geld zu verdienen und nicht primär, den jungen Menschen auszubilden. Selbst Betriebe, die ausbildeten und außerbetriebliche Ausbildungsplätze angeboten hätten, hätten die Auszubildenden nicht in ihren Betrieben lernen lassen. Das bedeute, dass die Verbindung von Theorie und betrieblicher Praxis, Schule und Arbeitsalltag an deren Ende ein gut ausgebildeter Facharbeiter stehe, nicht gewährleistet sei. Man warne auch davor, dass Geräte in außerbetrieblichen Werkstätten zu alt und nicht mehr markttauglich sein könnten und der Staat eine dauerhaft angelegte Modernisierung finanziell nicht leisten könne.

Die Fraktion der SPD geht ebenfalls auf die Frage der Ausbildungsgarantie ein. Diese könne nur der Staat garantieren. Wenn sich aber der Staat gemeinsam mit den Kammern und der IHK zu stark in die außerbetriebliche

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Ausbildung einbringe, dann werde die Verknüpfung mit den Betrieben gelöst. Daher empfehle man, das Berufsbildungssystem in Deutschland nicht schlechter zu machen als es ist.

Die Fraktion weist auf die Berufsschule als einen wichtigen Partner im System hin, der stärker in die Pflicht genommen werden könnte. In der Bauwirtschaft gebe es schon lange ein funktionierendes flä-chendeckendes Berufsgrundschuljahr. Man plädiere dafür, dieses auch in anderen Bereichen zusam-men mit den Firmen wieder einzuführen. Die Berufsschulen könnten dabei eine wesentliche Rolle spielen. Sie appelliere abschließend, die Verantwortung des Bundes für die Berufsbildung ernst zu nehmen, sich nicht in Kompetenzstreitigkeiten mit den Ländern zu begeben und an der notwendigen Finanzierung für die Renovierung und Modernisierung der Berufsschulen und anderer Schulformen mitzuwirken.

Die **Bundesregierung** antwortet auf die Frage der Fraktion DIE LINKE. nach dem Anteil der Abbrecher von Ausbildungen, dass 50 Prozent dieser Personen einen anderen Ausbildungsberuf wählten. Diese Quote relativiere den negativen Eindruck daher ein wenig. Bei ihrer Kritik an der Ausbildungsbereitschaft von Betrieben sollte man berücksichtigen, dass sich Betriebe aus der Ausbildung auch zurückzögen, da sie über Jahre hinweg erfolglos Ausbildungsplätze ausgeschrieben hätten. Im Übrigen seien große Unternehmen in einer Region eventuell auch attraktiver für junge Menschen als ein kleiner Handwerksbetrieb. Das BIBB habe mit einer Erhebung feststellen können, dass 44 Prozent
der Betriebe ihre Ausbildungsplätze nicht oder nur teilweise hätten besetzen können. Zur Anmerkung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass die Selbstverpflichtung der Allianz zur Schaffung von 20 000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen nicht erreicht worden sei, führt sie aus, dass diese zwar ein Jahr zu spät erfolgt sei, aber in diesem Jahr bereits überschritten werden konnte. Was die Ausbildungsgarantie angehe, seien Vereinbarungen der Allianz bereits umgesetzt worden. Die Beratung und Betreuung der Ausbildungsplatzsuchenden erfolge durchgehend im gesamten Jahr, und auch noch zum 30.09. würden Ausbildungsplätze – auch im Wunschberuf – angeboten. Dann zeige sich aber häufig auch die Bereitschaft oder Nicht-Bereitschaft, auch längere Strecken bis zum Ausbildungsplatz in Kauf zu nehmen.

Zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt, dass viele Aussagen im Feststellungsteil von Seiten der Bundesregierung geteilt werden könnten. Beim Forderungsteil finde man allgemeine Aussagen zu Problemen und allgemeine Lösungsbeschreibungen, die bereits bekannt seien und von der Bundesregierung auch angegangen würden. Man vermisse konkrete Vorschläge, wie zum Beispiel das Passungsproblem gelöst werden könnte. Zu den Themen „Mobilität“, „Image der Berufsbildung“ und „Berufsorientierung“ wolle man noch einmal auf vier Initiativen der Bundesregierung hinweisen: „JOBSTARTER plus“, „Informationsoffensive“, „Berufsorientierungsprogramm“ und „Bildungsketteninitiative“.

Berlin, den 28. September 2016

Dr. Thomas Feist
Berichterstatter

Rainer Spiering
Berichterstatter

Dr. Rosemarie Hein
Berichterstatterin

Özcan Mutlu
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.